

01 | 2022

Liebe Leserinnen und Leser



Ich wünsche Ihnen ein schönes neues Jahr und ein gutes Gelingen für all Ihre Vorhaben. Auch die SVP Kanton Luzern hat vieles vor in diesem Jahr, denn es wartet viel Arbeit auf uns.

Die Corona-Pandemie hat uns fest im Griff, die Wirtschaft leidet und die Schulden steigen. Der Mittelstand wird geschöpft und durch die Hintertür werden immer höhere Abgaben und Steuern eingeführt. Auch werden unsere Freiheit und Eigenverantwortung durch immer mehr Regeln und Vorgaben eingeschränkt. An dieser Stelle möchte ich festhalten, dass die SVP die einzige Partei ist, die sich gradlinig einsetzt für tiefere Steuern und weniger Bürokratie. Wir kämpfen für mehr Freiheit, Sicherheit und eine eigenständige Schweiz. Dies alles für

einen starken Mittelstand. Diese Werte bilden den Kern unserer Politik und Sie können sicher sein, dass sie immer den Massstab für unsere Entscheidungen bilden.

Bereits in einem Monat stehen wieder kantonale und eidgenössische Abstimmungen an. Im Kern geht es auch dabei darum weitere Einschränkungen und neue Regelwerke einzuführen, die für mehr Bürokratie sowie Steuern und weniger Freiheit sorgen. Die SVP Kanton Luzern wird konsequent solche Vorlagen bekämpfen und sich für mehr Unabhängigkeit einsetzen. Ein Beispiel hierfür ist die Abstimmung über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien. Sollen mit noch mehr Steuerfranken die privaten Schweizer Medien subventioniert werden, wodurch die grossen und reichen Medienkonzerne profitieren? Die Politik will die Schweizer Medien vom Staat abhängig machen. Das schadet unserer Demokratie. Wir werden uns gegen jede Vorlage wehren, die unserer Demokratie und unserer Freiheit schadet.

Angela Lüthold-Sidler
Präsidentin SVP Kanton Luzern

Wichtiges im Jan./Feb. >>

19 | Fraktionssitzung

27 | Kantonale Delegierten-
versammlung via  zoom

13 | Kantonale und Eidgenössische
Abstimmungen

Hinweis der Redaktion

Die Positionen in den Artikeln wurden auf Grundlage der Haltung der SVP Schweiz bzw. der Bundesfraktion sowie der SVP Kantonsratsfraktion erfasst. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der SVP news hat die Delegiertenversammlung der SVP Kanton Luzern noch nicht stattgefunden.

Die Parolen der SVP Kanton Luzern zu den Abstimmungen vom 13. Februar 2022 können Sie ab dem 27. Januar 2022 auf der Website der SVP Kanton Luzern (www.svp-lu.ch) lesen.



Am 13. Februar 2022 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Volksinitiative «Ja zum Tier und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» ab. Bei einer Annahme der Vorlage können Menschen und Tiere von vielen neuen medizinischen Therapien nicht mehr profitieren.

Tierversuche sind heute in der Schweiz erlaubt und werden eingesetzt, um Medikamente und Therapien zu entwickeln, mit denen Krankheiten besser behandelt werden können. Seit 2008 hat die Schweiz eines der strengsten Tierschutzgesetze weltweit und seit 2014 ist zudem das Humanforschungsgesetz in Kraft. Dadurch wird ein Tierversuch nur bewilligt, wenn die Ergebnisse nicht auf anderem Weg erzielt werden können. Zudem darf man bei den Versuchen mit nur so vielen Tieren arbeiten wie unbedingt nötig, und dies mit der geringsten Belastung. Die gängige Praxis ermöglicht eine sorgfältige Güterabwägung zwischen dem Tierschutz oder den Persönlichkeitsrechten sowie den Interessen von Wissenschaft und Forschung.

Volksgesundheit aufs Spiel gesetzt

Die Volksinitiative «Ja zum Tier und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» fordert ein Verbot von Tierversuchen. Produkte, die unter Anwendung von Tierversuchen entwickelt wurden, sollen zudem nicht mehr importiert werden dürfen. Die Initiative verlangt auch, dass Forschung, die ohne Tierversuche auskommt, mindestens dieselbe staatliche Unterstützung erhält wie heute diejenige mit Tierversuchen. Auch sogenannte Menschenversuche sollen verboten werden. Bei einer Annahme der In-

itiative gäbe es in der Schweiz keine neuen Medikamente mehr, die mit Tierversuchen entwickelt werden. Die Forschung sowie die Entwicklung von Medikamenten oder anderen Produkten wie Pflanzenschutzmitteln würden eingeschränkt und möglicherweise ins Ausland verlagert. Stark betroffen wären das Gesundheitswesen und die Gesundheitsversorgung, denn die Versorgung mit vielen Medikamenten könnte nicht mehr gewährleistet werden. Beispielhaft zeigt sich dies an der aktuellen Corona-Pandemie: Wären die Bestimmungen der Initiative bereits in Kraft, dürfte die Schweiz keinen Corona-Impfstoff einsetzen. Nicht nur die Volksgesundheit würde aufs Spiel gesetzt, sondern auch die wirtschaftlichen Folgen wären gravierend. Die Initiative gefährdet die Gesundheit von Menschen und Tieren und stellt sie massiv schlechter gegenüber ausländischen Patientinnen und Patienten.

Kein Forschungsverbot

Für Bundesrat und Parlament, darunter auch die SVP Fraktion, hat ein Verbot von Tierversuchen massive Nachteile für die Schweiz. Die Menschen und Tiere könnten von vielen neuen medizinischen Therapien nicht mehr profitieren. Forschung und Entwicklung würden sehr stark eingeschränkt und Arbeitsplätze wären gefährdet. Am Ende wäre weder Tieren noch Menschen geholfen, denn durch die Annahme der Initiative würde die Forschung nicht mehr in der Schweiz stattfinden, sondern müsste ins Ausland verlagert werden. Dort sind die Standards zum Tierschutz sehr oft niedriger als jene, die heute in der Schweiz gelten. Die Annahme der Initiative würde ein teilweises Forschungsverbot in Kraft setzen und den weltweiten Spitzenplatz der Schweiz als Forschungsstandort akut gefährden.

Nachgefragt bei



Gregor Rutz

Nationalrat (ZH),

Vorstandsmitglied Aktion Medienfreiheit

Weshalb kämpfen Sie gegen staatlich finanzierte Medien?

Für einen modernen liberalen Rechtsstaat ist Medienförderung ein Unding. Die Demokratie baut auf den freien Diskurs der Meinungen. Dafür braucht es Medien, die inhaltlich wie finanziell unabhängig sind. Staatliche Interventionen führen zu Wettbewerbsverzerrung. Das Medienförderungspaket kultiviert eine falsche Optik der Medienlandschaft. Staatlich finanzierte oder geförderte Angebote werden als qualitativ höherwertig angesehen, während private Initiativen als kommerziell motiviert und damit qualitativ ungenügend abgetan werden. Mit dieser Begründung werden immer mehr Subventionen gesprochen und neue Bereiche reguliert.

Mit diesen Subventionen züchten wir Unternehmen heran, die nicht überlebensfähig sind und nie auf eigenen Füßen stehen können. Wer nicht will, dass künftig Beamte entscheiden, welches Medium gut und welches schlecht ist, tut gut daran, das Referendum gegen das Medienförderungspaket zu unterstützen.



Sonderkredit für Spitäler

Am 13. Februar 2022 stimmt die Luzerner Stimmbevölkerung über einen Sonderkredit für die Luzerner Listenspitäler ab. Die Mittel sind nötig, da durch die Corona-Massnahmen Mehrkosten entstanden sind und weniger Geld eingenommen wurde.

Der Bundesrat hat die medizinischen Leistungen 2020 mittels Anordnung im Zusammenhang mit Covid-19 eingeschränkt. Diese Massnahmen und dass die Bevölkerung das ganze Jahr zurückhaltend mit Spitaleintritten war, führten zu einem Patientenrückgang und somit zu geringeren Einnahmen in den Luzerner Spitälern. Gleichzeitig entstanden den Spitälern aus Leistungen für

die Behandlung mit Covid-19 Mehrkosten. Für den Ausgleich der Mehrkosten hat der Regierungsrat in eigener Kompetenz Ausgaben in der Höhe von 13 Millionen Franken bewilligt. Eine Situation, die sich bei sehr vielen Kantonen zeigte. Auch sie mussten Massnahmen zum Ausgleich von Verlusten der Spitäler beschliessen oder prüfen solche. Für den Ertragsausfall will der Kanton Luzern rund 14 Millionen Franken in Form eines Sonderkredits sprechen.

Bedingungen müssen erfüllt sein

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat beantragt, den Listenspitälern die Corona-bedingten Ertragsausfälle im Sinne eines Kantonsanteils auszugleichen. Vorausset-

zungen hierzu sind ein Covid-bedingter Verlust 2020 und die Erfüllung weiterer Bedingungen. Der Kantonsrat hat der Vorlage zugestimmt. Die SVP Fraktion hat sich grossmehrheitlich auch dafür ausgesprochen. Da die im Jahr 2020 budgetierten Gelder rund 17.5 Millionen Franken der fallabhängigen Leistungen im stationären Bereich nicht voll ausgeschöpft wurden, ist es zu den Ertragsausfällen gekommen. Aus rechtlichen Gründen müssen jedoch die Krankenkassen ihren Anteil, der nicht stattgefunden stationären Leistungen, nicht zahlen. Auch der Bund wird keinen Anteil leisten, weshalb nun der Kanton für die Ertragsausfälle aufkommt. Aufgrund der Betragshöhe kommt es zu einer Volksabstimmung.

Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben

Am 13. Februar 2022 entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung über die Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben. Dabei soll die Emissionsabgabe auf Eigenkapital aufgehoben werden. Die SVP Bundesfraktion hat die Vorlage unterstützt, denn sie ist eine Investition in die Zukunft.

Die Stempelabgaben sind vom Bund erhobene Steuern auf bestimmten Vorgängen des Rechtsverkehrs, insbesondere der Ausgabe und des Handels von Wertschriften, also der Kapitalbeschaffung und des Kapitalverkehrs. Diese Steuer wird fällig,

wenn Unternehmen Geld benötigen, etwa um Investitionen zu tätigen oder Verluste zu decken.

Bundesrat und Parlament, darunter auch die SVP Bundesfraktion wollen die Emissionsabgabe abschaffen. Unternehmen sollen neues Eigenkapital aufnehmen können, ohne darauf Steuern zu zahlen. Dadurch werden die Investitionskosten gesenkt, was sich wiederum positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Die heutige Emissionsabgabe bestraft Schweizer Unternehmen bei der Gründung, Finanzierung von Investitionen oder bei der Deckung eines Finanzlochs. Eine solche Abgabe ist, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, besonders schädlich.



Keine Werbeverbote

Am 13. Februar 2022 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» ab. In Tat und Wahrheit ist es eine Werbe-Verbotsinitiative.

In der Schweiz darf heute mit gewissen Einschränkungen für Tabakprodukte geworben werden. Verboten sind Tabakwerbung in Radio und Fernsehen sowie Werbung, die sich gezielt an Minderjährige richtet. Eine Mehrheit der Kantone hat weitergehende Verbote erlassen, etwa für Tabakwerbung auf Plakaten und im Kino. Im Kanton Luzern gibt es keine weiterführenden Werbeeinschränkungen, jedoch eine gesetzliche Regelung für das Passivrauchen. Die Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» will jede Art von Werbung für Tabakprodukte verbieten, die Kinder und Jugendliche erreichen kann. Dabei ist Werbung an Kinder und Jugendliche in der Schweiz bereits seit 1995 verboten. Unter das Verbot, welches die Initiative fordert, fällt auch Werbung, die Erwachsene anspricht. Sie wird untersagt, sobald die Möglichkeit besteht, dass diese von Minderjährigen wahrgenommen werden könnte. Da es kaum Orte gibt, in denen sich Jugendliche nicht aufhalten, und kaum Medien, welche nicht auch von Jugendlichen gesehen werden können, führt die Initiative in der Praxis zu einem vollständigen Werbeverbot.

Guter Kompromiss

Die Initiative «zum Schutz vor Tabakwerbung» geht zu weit. Jugendschutz ist wichtig, aber die Initiative ist völlig übertrieben und extrem. Sie kommt einem Totalverbot von Tabakwerbung gleich. Bundesrat und Parlament stellen der Initiative mit dem neuen Tabakproduktegesetz einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Die neuen Bestimmungen würden Werbung für Tabakprodukte und elektronische Zigaretten auf Plakaten sowie im Kino verbieten. Auch dürften Tabakkonzerne keine Zigaretten mehr gratis abgeben oder internationale Veranstaltungen in der Schweiz sponsern. «Das neue Gesetz ist ein guter Kompromiss, um die Jugendlichen zu schützen, ohne die Wirtschaft abzuwürgen», betont der St. Galler Nationalrat, Mike Egger.

Kein Erziehungsauftrag

Die Schweizer Marktwirtschaft ist auf Werbung angewiesen. Es gehört zur Wirtschaftsfreiheit, dass legale Produkte beworben werden dürfen. Erwachsene sollen eigenverantwortlich entscheiden, was sie konsumieren wollen und was nicht. Extreme Werbeverbote für Tabakprodukte bevormunden und sie sind nur der erste Schritt: Kommt ein Verbot beim Tabak, drohen weitere Werbeverbote etwa bei Würsten. So sagt der Zürcher Nationalrat, Gregor Rutz: «Der Staat hat keinen Erziehungsauftrag.» Jugendschutz ist wichtig, aber die Initiative mit ihrem weitreichenden Werbeverbot geht zu weit. Der Gegenvorschlag verstärkt den Jugendschutz und ermöglicht weiterhin Werbung, die sich an Erwachsene richtet.

“

Initiative ist überflüssig

”

Liebe SVP-Familie

Diese Volksinitiative ist nicht nur gefährlich, sondern auch überflüssig, denn das Parlament hat in der Herbstsession 2021 ein Tabakproduktegesetz mit neuen Werbe- und Sponsoringvorschriften beschlossen. Dadurch wird der Jugendschutz bei Tabakprodukten gesetzlich verankert. Im Gegensatz zur extremen Volksinitiative schützt das neue Tabakproduktegesetz die Jugendlichen zielführend. Es beinhaltet ein Werbeverbot für jene Medien, die für Minderjährige bestimmt sind. Das Gesetz verbietet Plakatwerbung von Tabakprodukten und E-Zigaretten sowie Werbung in Kinos, in öffentlichen Verkehrsmitteln und Gebäuden sowie auf Sportplätzen. Ebenso verboten wird auch das Sponsoring für Veranstaltungen, wenn sie internationale Ausstrahlung haben oder auf ein minderjähriges Publikum abzielen.

Angela Lüthold-Sidler

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden. Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch